

RATHAUSREPORT

Ihr Kinderlein kommet! – Nur wohin?

Grundschulplätze bleiben weiter Mangelware

Ende November erfuhren die Stadtverordneten im Bildungs-Ausschuss und aus den Medien, dass der vorgesehene Grundschulstandort hinter dem Humboldt-Gymnasium an der Heinrich-Mann-Allee wieder auf der Kippe steht. Teile der Flächen befinden sich in Privatbesitz und einer der beteiligten Eigentümer ist offenbar nicht verkaufsbereit. Bei der LINKEN. schrillten die Alarmglocken. Denn rund um das ehemalige TRAM-Depot sind erhebliche Flächen in städtischem Besitz vorhanden – nur sollen die für den Wohnungsbau entwickelt werden. Die Beräumung ist bereits weit fortgeschritten. Im Zuge der Standortsuche für die Grundschule waren insgesamt 8 Varianten geprüft worden – realisiert werden sollte die Variante mit dem unsichersten Zugriff auf die erforderlichen Grundstücke.



Die Fläche des ehemaligen TRAM-Depots wird bereits beräumt.

Foto: SW

Stefan Wollenberg forderte deshalb nun mit einem Antrag für DIE LINKE., klare Prioritäten zu setzen. Der Schulstandort auf dem Areal muss gesichert werden, bevor abschließende Entscheidungen zur Wohnbebauung getroffen werden. Es gehe nicht darum, Wohnungsbau zu verhindern, allerdings müsse die Schule zunächst Vorrang haben, sagte Wollenberg. Dem Auslegungsbeschluss für den gleichzeitig verhandelten B-Plan stimmte DIE LINKE. dennoch zu. Die zügige Gesamtentwicklung des Standorts soll nicht gebremst werden. Notwendige Anpassungen können im laufenden Abwägungsverfahren noch berücksichtigt werden.

Ähnlich ist die Problemlage in Babelsberg. Im Süden des Stadtteils steht gerade noch für 38% der Grundschüler auch ein Schulplatz im Sozialraum zur Verfügung. Das Provisorium am Humboldtring ist für die Betroffenen mit langen Wegen verbunden. Die Stadt

wollte dies mit einem Neuzuschnitt der Einzugsbereiche entschärfen und hat dazu einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Dieser hätte allerdings dazu geführt, dass Kinder, die nur wenige hundert Meter neben der Goetheschule wohnen, stattdessen zum Humboldtring hätten fahren müssen um Platz für Kinder aus dem Babelsberger Süden

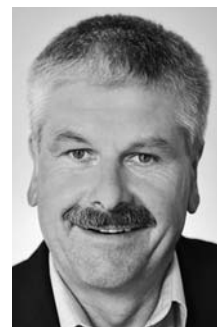
zu schaffen. Geteiltes Leid wäre so doppeltes statt halbes, kommentierte Stefan Wollenberg diese Planung. Eltern hatten zu Recht massiv gegen den Verwaltungsvorschlag interveniert. Nun wird der Antrag zunächst noch einmal im Bildungsausschuss am 19. Dezember beraten. Bis dahin soll ein neuer Vorschlag der Verwaltung auf dem Tisch liegen. Eile ist dennoch geboten: die Anmeldeverfahren für die neuen 1. Klassen laufen längst – und die betroffenen Familien erwarten zu Recht Klarheit.

**Wir wünschen allen Potsdamerinnen
und Potsdamern
eine besinnliche Adventszeit,
frohe Weihnachten,
einen guten Start in das
neue Jahr und ein
friedliches 2018**

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

eigentlich sollte es die letzte Sitzung in diesem Jahr sein. Aber die Stadtverordneten müssen am 19. Dezember noch einmal tagen, um den Haushaltsentwurf für 2018/2019 entgegenzunehmen. Eine große Mehrheit sprach sich dafür



aus, erstmals eine Frau zur Ehrenbürgerin von Potsdam zu machen. Mit der Schriftstellerin Helga Schütz ist auf Vorschlag der Potsdamer Frauenbewegung eine würdige Vertreterin gefunden worden, die unter anderem eng mit der Filmgeschichte der DDR verbunden ist. Obwohl trotz des Stollenverkaufs in der Pause weihnachtliche Stimmung nicht so recht aufkommen wollte, konnte die Tagesordnung ohne große Auseinandersetzungen zügig abgearbeitet werden. Längere Diskussionen um die geplante Wohnbebauung am Humboldtring und zum gerichtlichen Vergleich im Zusammenhang mit dem Waldpark Großbeerenstraße wurden mit gutem Ergebnis beendet. Die Linksfraktion setzte sich mit einigen ihrer Anträge ohne den Umweg über die Ausschüsse durch, so mit der Sicherung von Spendenmitteln für den Bau des Tierheims. Dagegen ist unverständlich, warum unsere Vorschläge zur Zeppelinstraße und zur Sicherung des Grundschulstandorts in der Heinrich-Mann-Allee nicht sofort abgestimmt wurden. Mit den Beschlüssen für mehr Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas und zum Bedarfsplan für Kitabetreuung 2017/2018 sind wichtige Voraussetzungen für das nächste Jahr geschaffen worden. Alles in allem eine gute Sitzung.

Mit den besten Wünschen
für ein frohes Weihnachtsfest

Ihr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Die richtigen Prioritäten



Es war ein bewegtes Jahr in der Stadtverordnetenversammlung. Und in jeder Sitzung ist deutlich sichtbar, was die zentrale Aufgabe dieser Stadt ist: ihr rasantes Wachstum zu beherrschen und dabei zu sichern, dass die Infrastruktur mit dem Bedarf Schritt hält und alle Potsdamerinnen und Potsdamer weiter ihren Platz in der Stadt behalten. Häufig werden die Prioritäten hier leider noch nicht richtig gesetzt. Die alles überschattende Diskussion über die Entwicklung des vergleichsweise kleinen Quartiers in der Mitte leistet keinen Beitrag zur Entwicklung sozialer Infrastrukturen – auch auf die Frage bezahlbaren Wohnens wird es dort keine nennenswerten Antworten geben. Im Gegenteil – selbst der Erhalt des dort vorhandenen preiswerten Wohnungsbestandes bleibt ein Kampf. Die Debatte darüber hat auch gezeigt, dass einer Mehrheit der Stadtverordneten die Bürgermeinung immer nur dann wichtig ist, wenn sie ihre eigene Position stützt. Die von der LINKEN mehrfach geforderten Bürgerbefragungen in dieser zentralen Frage wurden stets abgelehnt. So schafft man Frust bei engagierten Menschen und vertieft die Risse in der Stadtgesellschaft. In langfristig wichtigen Punkten, Stichwort Kita- und Schulplätze, wird leider allzu oft nur in Feuerwehr-Manier agiert. Es braucht neue Prioritäten – und ein anderes Verständnis von Führung in unserer Stadt. Die Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr bietet eine echte Chance auf Veränderung. Wir müssen sie nur ergreifen! Es bleibt also spannend – auch 2018.

Stefan Wollenberg
Stellv. Fraktionsvorsitzender und
bildungspolitischer Sprecher

Sturmschäden an Fußwegen

Die Herbststürme haben auch in Potsdam massive Schäden angerichtet, so auch am Fußweg um den Düsterten Teich nahe Eiche. Ralf Jäkel fragt deshalb bei der Verwaltung nach, wann mit einer Beseitigung der Schäden gerechnet werden kann. Baubeigeordneter Bernd Rubelt führt aus, dass die Flächen zum Teil im städtischen und zum Teil in Landeseigentum befindlich sind. Die Schäden auf den städtischen Flächen sind bereits abgearbeitet, die auf den übrigen Flächen sind zumindest aufgenommen und die Beseitigung wird ebenfalls zeitnah erfolgen. Flächen für studentisches Wohnen Dr. Karin Schröter verweist auf den akuten Wohnungsmangel für Studenten in der Stadt und möchte von der Verwaltung wissen, welche Flächen neben den bekannten Projekten am Alten Markt die Stadt für bezahlbares studentisches Wohnen ausweisen kann. Baubeigeordneter Bernd Rubelt informiert, dass die Stadt dem Studentenwerk in der Vergangenheit diverse Flächen angeboten und Gespräche geführt hat. Allerdings fehlen in der Regel entsprechende Finanzierungsmittel, da das Studentenwerk keine Kredite für Neubaumaßnahmen aufnehmen darf. Ein Förderprogramm des Landes speziell für diesen Bedarf, wie andersorts üblich, gibt es bisher nicht. Es laufen Gespräche auf Landesebene dazu – bisher allerdings ohne konkretes Ergebnis. Insofern teilt die Stadt die Bedarfseinschätzung, kann hierzu aber keine konkreten Angebote unterbreiten.

Fahrgast-Informationstafeln in Eiche

Ralf Jäkel erkundigt sich nach der Möglichkeit, auch die Bushaltestellen in Eiche mit den aus der Innenstadt bekannten elektronischen Fahrgast-Informationstafeln auszustatten. Die Verwaltung teilt mit, dass für die Aufstellung dieser Tafeln Richtlinien des Fahrgastverbandes herangezogen würden. Die Frequentierung der Haltestellen in Eiche liegt nach Darstellung der Verkehrsbetriebe erheblich unter den für die Aufstellung solcher Anlagen vorgesehenen Schwellenwerte. Daher sei die Aufstellung in Eiche auch künftig nicht vorgesehen.

Transparente Weltkugel

Bei der Suche von Flächen und der Beschaffung der erforderlichen Mittel für die Neuaufstellung der Plastik hatte DIE LINKE. ja erhebliche Schützenhilfe geleistet. Hans-Jürgen Scharfenberg wollte deshalb nun wissen, wie der aktuelle Vorbereitungsstand

ist. Kulturbeigeordnete Noosha Aubel informierte darüber, dass die Baugenehmigung bereits erteilt sei. Auf dieser Grundlage würden gegenwärtig die notwendigen Ausschreibungen durchgeführt, deren Ergebnisse im Januar vorliegen sollen. Der Baubeginn sei für den Frühsommer geplant. Je nach Ausschreibungsergebnis könne er möglicherweise auch etwas früher erfolgen. Die Fertigstellung soll im Juli 2018 sein.

Rauchverbot an Haltestellen

Nach dem Stand der Umsetzung der von der SVV beschlossenen Nichtraucherzonen an den ÖPNV-Haltestellen erkundigt sich Hans-Jürgen Scharfenberg. Bisher sei die Umsetzung nicht spürbar. Wie schon in früheren Diskussionen zu diesem Thema führt der Oberbürgermeister Jann Jakobs aus, dass zur Durchsetzung eines formellen Rauchverbots eine Gesetzesänderung erforderlich wäre. Man wolle nun mit Aufklebern an den Haltestellen auf entsprechende freiwillige Rücksichtnahme hinwirken. Die bisherigen Gespräche mit dem Eigentümer der Flächen haben bisher kein Ergebnis gebracht, werden aber weitergeführt.

Kontrolle der Pflege öffentlicher Grünflächen

Da es immer wieder Beschwerden über den Zustand öffentlicher Grünflächen gibt, will Hans-Jürgen Scharfenberg wissen, wie die Einhaltung der mit privaten Anbietern abgeschlossenen Pflegeverträge kontrolliert wird. Die Verwaltung teilt mit, dass es ein „doppeltes“ Kontrollsystem gibt. Zum einen seien die Dienstleister vertraglich verpflichtet, die wesentlichen Pflegeleistungen gegenüber der Stadt zu dokumentieren, so dass auf dieser Basis gezielte Prüfungen vorgenommen werden könnten. Zum anderen finden zusätzlich auch unangemeldete Kontrollen statt. Konkreten Beschwerden werde anlassbezogen nachgegangen.

Beschlossen

Strategieplan zur Dach- und Fassadenbegrünung

Als Beitrag zum kommunalen Klimaschutz hatte DIE LINKE auf Vorschlag von Matthias Lack beantragt, eine Strategie zur Dach- und Fassadenbegrünung zu entwickeln. Die Verwaltung hatte im Rahmen der Ausschussberatungen angeregt, dies in ein Forschungsprojekt „Anpassung an den Klimawandel“ mit der Uni Potsdam sowie den Städten Remscheid und Würzburg zu integrieren. Soweit die Mittel für dieses Projekt bewilligt werden, könnte das Vorhaben 2018-21 reali-

siert werden. Dem Umweltausschuss ist dann jährlich zu berichten. Mit diesen Änderungen stimmte die SVV der Vorlage zu.

Vergabe städtischer Grundstücke in Erbbaupacht

Zum Erhalt öffentlichen Eigentums und zur Sicherung dauerhafter statt einmaliger Einnahmen hatte Michél Berlin für die DIE LINKE beantragt, bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke vor einem Verkauf jeweils die Möglichkeit von Erbbaupacht-Verträgen zu prüfen. Nach der zwischenzeitlich erfolgten Beratung im Bauausschuss wurde die Vorlage von der SVV bestätigt.

Umweltfreundliche Hundetüten

Matthias Lack schlug für die Fraktion einen Prüfauftrag vor. So sollen an den Spenderstationen für Hundetüten im Stadtgebiet ergänzend auch geeignete Entsorgungsbehälter installiert werden. Zusätzlich soll die Verwaltung prüfen, ob die dort bereitgestellten „Hundetüten“ auch in einer umweltfreundlichen Variante aus kompostierbarem Material angeboten werden können. Die Verwaltung sagte eine Prüfung bis März 2018 zu. Die Mehrheit der Stadtverordneten schloss sich diesem Verfahrensvorschlag an. Aufwertung LSG Parforceheide
Die Parforceheide erfreut sich als Naherholungs- und Ausflugsgebiet zunehmender Beliebtheit, insbesondere auch bei den Bewohnern der unmittelbaren Umgebung. Die interessante Geschichte des Gebiets und die zahlreichen Wegeverbindungen werden den Besuchern allerdings nur durch gelegentliche Führungen des Jagdschloss-Fördervereins vermittelt. Jana Schulze regte deshalb für DIE LINKE an zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der Tourismus-Marketing GmbH ein Wegeleitsystem etabliert werden könne, um das Gebiet auch touristisch aufzuwerten. Die SVV bestätigte dieses Anliegen mit großer Mehrheit. Die Verwaltung soll im Frühjahr entsprechende Vorschläge vorstellen.

Spendenmittel Tierheim

Die Arbeiten zum Bau eines neuen Tierheims auf dem SAGO-Gelände an der B2 kommen nun endlich voran. Der Vorsitzende des Potsdamer Tierschutzvereins, Günter Hein, hatte Ende November in der Fraktion auch dazu berichtet. Bei der Stadt sind noch immer Spendenmittel „geparkt“, deren Bindung nach geltender Beschlusslage zum Jahresende ausläuft. Hans-Jürgen Scharfenberg schlug deshalb für DIE LINKE vor, diese Bindung noch einmal um 2 Jahre zu verlängern, um dem Tierschutzverein die zweckgebun-

dene und bedarfsgerechte Verwendung im Rahmen des Fortschritts der Baumaßnahmen zu ermöglichen. Eine große Mehrheit der Stadtverordneten schloss sich diesem Anliegen an.

Überwiesen

Keine Parkgebühren für E-Autos

Um den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu stärken, will DIE LINKE prüfen lassen, ob Autos mit reinem Elektroantrieb in den Parkraumbewirtschaftungszonen von den Parkgebühren befreit werden können. So soll ein Anreiz zur Schadstoffreduzierung in der Landeshauptstadt geschaffen werden. Das Elektromobilitätsgesetz von 2015 ermöglicht derartige Regelungen, wie sie in anderen Städten bereits Anwendung finden, führte Karin Schröter aus. Das Anliegen soll nun zunächst noch einmal im Ausschuss für Klima und Umwelt beraten werden.

Brandschaden Scholle 34

Zweimal kurz hintereinander hat es in dem Nachbarschaftsprojekt „Scholle 34“ in Potsdam-West gebrannt. Brandstiftung ist die wahrscheinliche Ursache. Es ist erheblicher Sachschaden entstanden, der mit ehrenamtlichem Engagement allein nicht zu beseitigen sein wird. Dr. Karin Schröter schlug deshalb für DIE LINKE vor, dass die Stadt prüfen soll, wie sie bei der Bewältigung der Probleme Unterstützung geben kann. Um dazu weitere Erkenntnisse zu gewinnen, soll das Anliegen nun im Kultur- und im Finanzausschuss beraten werden.

Alternativen zum Modellversuch Zeppelinstraße

Der Modellversuch zur Verkehrsreduzierung in der Zeppelinstraße ist eines der heftigsten diskutierten Themen der Stadt. Die ersten Messergebnisse haben nun gezeigt, dass es gelungen ist, die Schadstoffwerte an der Messstelle in der Zeppelinstraße unter den Grenzwert zu senken. Allerdings zeigen die Verkehrszählungen auch, dass der PKW-Verkehr fast 1:1 in die Geschwister-Scholl-Straße verlagert wurde, die als Nebenstraße dafür in keiner Weise ausgelegt ist. Weitere Verdrängungseffekte reichen über die Lange Brücke zum Teil bis nach Babelsberg, so dass die Verbesserung der Situation in einem kleinen Bereich mit massiven Verschlechterungen in umliegenden Bereichen „erkauft“ wird. Ralf Jäkel schlug deshalb für DIE LINKE vor, während der Restlaufzeit des Modellversuchs erneut nach Wegen zu suchen, die

Entlastung der Zeppelinstraße zu erhalten, ohne umliegende Straßen in gleicher Weise mehr zu belasten. Zu den Optionen gehören das erneute Nachdenken über eine Umweltzone, die endlich konsequente Stärkung der ÖPNV-Verbindungen und Maßnahmen wie eine grüne Welle, um den Verkehr flüssig zu halten. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt plädierte in seiner Erwiderung für die planmäßige Fortführung des Modellversuchs. Dies sollte der Antrag gar nicht in Frage stellen. Es sollte nur bereits parallel nach Alternativen zu den klar erkennbaren negativen „Begleiterscheinungen“ der Maßnahme gesucht werden. Der Bauausschuss wird nun über das Anliegen diskutieren.

Streit um Sozialwohnungen im Waldpark

Zu einer längeren Debatte in der SVV führte das Bauvorhaben Waldpark an der Babelsberger Großbeerenstraße der Baugesellschaft Kirsch&Drechsler. Die Stadt wollte dort mit der Baugenehmigung einen 10%-igen Anteil von Sozialwohnungen durchsetzen. Damit war der Investor ursprünglich auch einverstanden. Im Laufe des Genehmigungsverfahrens setzte er allerdings neue Prioritäten, rückte von seiner Zusage ab und beantragte stattdessen eine Baugenehmigung im Außenbereich, die ihn von diesen Auflagen befreien würde. Der Streit ist bereits vor Gericht anhängig. Das Gericht schlug nun einen Vergleich vor, der 5% Sozialwohnungsanteil vorsieht. Die Verwaltung empfahl der SVV die Ablehnung dieses Vergleichs. Während CDU und Grüne zustimmen wollten und die SPD auf Ablehnungskurs war, brachte DIE LINKE einen Kompromiß ins Spiel, der schließlich eine breite Mehrheit fand: die SVV plädierte für eine Annahme des Vergleichs unter der Voraussetzung, den Anteil der Sozialwohnungen auf 8% zu erhöhen. Denn es ging auch darum, einen Präzedenzfall zu schaffen: als Stadt wollen wir auch künftig bei privaten Bauvorhaben die Möglichkeit haben, die Investoren zur Schaffung von Sozialwohnungen wirksam verpflichten zu können. Nun bleibt abzuwarten, ob auch der Bauherr im Waldpark diesen Kompromiß mitträgt.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

08.; 15.; 22. und 29. Januar; 12. und 19. Februar 2018

37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

31. Januar 2018, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

04. Februar 2018, Beginn 10 Uhr

Club 91, Kastanienallee 22d, Stadtteil Potsdam West

Ausgabe des „Rathausreport“

Nummer 01/2018

Stadthaus, Raum 3.107

09. bis 13. Februar 2018 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

09. und 10. Februar 2018

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 2018

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 17. Januar 2018 von 17 Uhr bis 18 Uhr
Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen) Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie den Rathausreport abonnieren möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende 2017 für die 8 Ausgaben 2018 ACHT Briefmarken á 1,00 Euro an die Fraktion DIE LINKE.

Schule statt Wald – oder Schule im Wald?

Zum allmonatlichen Rathausreport live hatte die Fraktion der LINKEN diesmal in den Bürgertreff Waldstadt in der Saarmunder Straße geladen. Und die Stühle in den Räumen der BIWA reichten kaum aus für die gut 50 interessierten Gäste. Neben dem Bericht aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am "Nikolaus"-Tag stand vor allem das Vorhaben der Stadt, am Bahnhof Rehbrücke einen großen Schul- und Sportstandort neu zu entwickeln, im Zentrum des Interesses. Die Planung umfasst mehrere Einzelprojekte. Neben einer 6-/3-zügigen Gesamtschule (Klasse 7-13) mit ca. 960 Schülern könnte eine Förderschule, eine Kita und weitere Hortplätze auf dem Areal entstehen. Zusätzlich zu den für den Schulbetrieb erforderlichen Sportanlagen sind außerdem zwei Großspielfelder als Ersatz für den Sportplatz "Sandscholle" in Babelsberg geplant. Allerdings konzentrieren sich alle Anstrengungen in Politik und Verwaltung derzeit darauf, die Sandscholle zu erhalten und einen Grundschulneubau am Filmpark zu ermöglichen. Viele der Anwesenden kritisierten die mangelnde Einbeziehung der Waldstädter_innen in die Planung. Bisher spielte das Projekt lediglich bei der alljährlichen Wohngebietsbegehung eine Rolle. DIE LINKE stellte sich am Sonntag im Rathausreport als erste und einzige Partei direkt den Fragen und Sorgen der Anwohner. Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg machte deutlich, dass das Vor-

haben als solches dringend erforderlich ist und von der LINKEN im Interesse des Gemeinwohls auch mitgetragen wird. Es müsse jetzt vor allem darum gehen, die berechtigten Interessen der Waldstädter damit soweit wie möglich in Einklang zu bringen. Dabei seien Fragen des Erhalts von möglichst viel Grün, eines Waldstreifens hin zur bestehenden Wohnbebauung am Caputher Heuweg und auch eine verträgliche Verkehrseinbindung einzubeziehen. Deswegen, so kündigte Scharfenberg an, werde DIE LINKE die Verwaltung auch drängen, zeitnah eine Einwohnerversammlung vor Ort durchzuführen, um den Planungsstand vorzustellen, Fragen und Bedenken aufzunehmen und in das weitere Planungsverfahren einzubeziehen. Diese Forderung wurde von vielen Gästen unterstützt.

Viele Anwesende äußerten mit Blick auf das konkrete Vorhaben allerdings grundlegende Kritik an den städtischen Planungsprozessen. Investoren, die Wohnungen bauen, sollten aus Sicht der Bürger_innen auch verpflichtet werden, für die entsprechende soziale Infrastruktur zu sorgen. Stefan Woltenberg, bildungspolitischer Sprecher der LINKEN, erläuterte, dass solche Instrumente bereits genutzt werden. Investoren sind über die Baulandrichtlinie verpflichtet, die von ihnen "verursachten" Schul- und Kita-plätze anteilig zu finanzieren. Da der Bedarf für eine Schule oder Kita in der Regel aber erst aus mehreren Bauvorhaben entsteht, müssen die konkreten Einrichtungen am Ende dennoch von der Stadt geplant und errichtet werden. Geeignete Flächen für Schulen stehen im Stadtgebiet kaum noch zur Verfügung – unabhängig vom Eigentümer. Insofern sind auch schmerzhaft Entscheidungen – wie am Bahnhof Rehbrücke – unvermeidlich.



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam